

Weiterentwicklung der Berufsschule und Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche

Der Modellversuch Berufsschule 2020 (BS20) in Rheinland-Pfalz



DIRK OSWALD
Schulleiter der David-Roentgen-Schule Neuwied – BBS Gewerbe und Technik, bis März 2017 Referent Berufsbildende Schulen im Ministerium für Bildung, Mainz

Zielsetzung des rheinland-pfälzischen Modellversuchs ist es, die duale Berufsausbildung in der Fläche zu sichern und Berufsschulen in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Ausgehend von der bestehenden Problemlage werden die Handlungsfelder des Modellversuchs skizziert. Kern ist dabei das Handlungsfeld 3, in dem neun Schulen Wege zur Weiterentwicklung erproben. Erste Ansätze werden am Beispiel einer berufsbildenden Schule erläutert. Abschließend werden Herausforderungen skizziert, die es für einen Transfer auf alle Berufsschulen des Landes zu berücksichtigen gilt.

Problemstellung, Auftrag und Zielsetzung

In Rheinland-Pfalz ist aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl der Schüler/-innen an den Berufsschulen seit 2009 um rund 20 Prozent gesunken. An den Landes-Berufsschulen werden im Schuljahr 2016/2017 ca. 65.500 Auszubildende in 290 dualen Ausbildungsberufen an 62 Standorten unterrichtet. Bei den knapp 3.500 Klassen beträgt die durchschnittliche Größe 18,8 Auszubildende. 28,3 Prozent der Berufsschulklassen sind kleiner als 16, 3,5 Prozent kleiner als acht Schüler/-innen (vgl. Abb.). Für die kleineren Berufsschulen wird die Bildung von berufsbezogenen Fachklassen zunehmend schwieriger. Ein ortsnahe Bildungsangebot ist jedoch im Interesse aller Ausbildungsbeteiligten, um lange Wege zu großen Berufsschulstandorten oder Blockbeschulung mit Internatsunterbringung zu vermeiden.

Wie die meisten Bundesländer steht auch Rheinland-Pfalz vor der Herausforderung, mit einer geeigneten Strategie auf diese Entwicklungen zu reagieren. Eine zentrale Rolle spielt der Ovale Tisch der Ministerpräsidentin. Hier berät die Landesregierung bereits seit 1995 gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern, Unternehmerverbänden sowie Arbeitnehmervertretungen über die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Partner haben 2014 eine Strategie zur Fachkräftesicherung verabschiedet, die derzeit für den Zeitraum 2017–2021 fortgeschrieben wird (vgl. Staatskanzlei RLP 2014). Erklärter politischer Wille ist, dass die duale Ausbildung langfristig in der Fläche gesichert werden soll und hierfür ein entsprechendes Angebot bei den Berufsschulen bestehen muss.

Bereits 2014 verabschiedete die Expertengruppe »Strukturelle Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen« ihre Empfehlungen und lenkte das Augenmerk ebenfalls auf die Sicherung des Berufsschulunterrichts an wohnortnahen und ausbildungsplatznahen Berufsschulstandorten (vgl. MBWWK 2014). Die Umsetzung der Empfehlungen und der Fachkräftestrategie wurden dann als politische Handlungslinie im Koalitionsvertrag der rheinland-pfälzischen Landesregierung (2016) festgeschrieben. Für die Bildungsadministration stellt dies die Richtschnur des Handelns dar, wobei die schulrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten und gegebenenfalls anzupassen sind. Insbesondere ist hier die »Verwaltungsvorschrift Klassen- und Kursbildung an BBS« relevant, die zuletzt 2015 angepasst wurde, um die gemeinsame Beschulung von Auszubildenden verschiedener Berufe zu erleichtern. Damit entspricht der eingeschlagene Weg auch dem KMK-Beschluss vom 16. Juni 2016, wonach das Potenzial geeigneter Maßnahmen zur Unterstützung ortsnaher Beschulungsmöglichkeiten in der Flexibilisierung der Ausbildungs- und Beschulungsorganisation bei Sicherung des Fachklassenprinzips gesehen wird.

Zur Umsetzung der gegebenen Aufträge und Empfehlungen wurde durch die Abteilung Berufsbildende Schulen des Bildungsministeriums eine Konzeption mit vier Handlungsfeldern entwickelt. Im Zentrum steht dabei der Modellversuch BS20. Hier werden Umsetzungsszenarien erprobt, die als Grundlage für die Auslotung von Transfermöglichkeiten auf alle Berufsschulen, für eventuelle Anpassungen des administrativen Rahmens sowie letztendlich für die Festlegung von Ausbildungsstandorten dienen.

Abbildung

Entwicklung der Auszubildendenzahl an Berufsschulen in dualen Ausbildungsberufen (ohne Agrar)



Die vier Handlungsfelder des Modellversuchs B20

Die duale Ausbildung stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Deshalb wurden neben dem Bildungsministerium, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) als Schulaufsicht und dem Pädagogischen Landesinstitut (PL) auch die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, Vertreter/-innen der Schulleitungen, der Hauptpersonalrat Berufsbildende Schulen und der Landesausschuss für Berufsbildung frühzeitig eingebunden.

Der Modellversuch gliedert sich in vier sogenannte Handlungsfelder (HF), die als aufeinanderfolgende Schritte konzipiert sind.

Handlungsfeld 1: Standorttransparenz

In einem ersten Schritt wurden als Datenbasis von der ADD für alle Berufsschulen die zugeordneten Ausbildungsberufe erfasst, diese Angaben mit den Berufsschulen, den Schulträgern und den Kammern abgestimmt und in einem Standortverzeichnis dokumentiert. Dieses Verzeichnis wird als »Schulatlas« (www.bbs-rlp.de/search_form.php) auf der Homepage des Bildungsministeriums abgebildet und im Rahmen der Standortgespräche (HF 4) fortgeschrieben.

Handlungsfeld 2: Curriculare Möglichkeiten

Ursprünglich war es die Absicht, die Rahmenlehrpläne zu analysieren, um hieraus Empfehlungen zu den Möglichkeiten der gemeinsamen »Beschulung« unterschiedlicher

Berufe abzuleiten. Es erwies sich jedoch als wenig zielführend, diese Analyse unabhängig von den regionalen Besonderheiten und Kompetenzen vor Ort durchzuführen. Stattdessen wurden die Schulen bei der Entscheidung über gemeinsam zu unterrichtende Auszubildende unterschiedlicher Berufe beraten.

Handlungsfeld 3: Schulversuch

Die Berufsschulen stehen vor der Herausforderung, Angebote für Berufe mit nur wenigen Auszubildenden vorzuhalten, eine hohe Fachlichkeit zu gewährleisten und mit finanziellen Ressourcen verantwortlich umzugehen.

Ohne Fachlichkeit als eine wesentliche Kompetenz infrage zu stellen, ist zu prüfen, ob angesichts der Anforderungen der Arbeitswelt die Organisation von Lernprozessen ausschließlich in der Form reiner Fachklassen erfolgen muss. Wenn Lernen ein individueller und selbstbestimmter Prozess ist, kann durchaus die Frage gestellt werden, ob Fachunterricht im Klassenverband wirklich die beste Organisationsform ist oder ob die individuellen Lernprozesse der Auszubildenden in flexiblen Organisationsformen besser unterstützt werden können.

Da berufsbildende Schulen in ihren Konzepten die regionalen Besonderheiten berücksichtigen müssen, erscheinen zentrale Lösungsansätze wenig Erfolg versprechend. Kern des gesamten Modellversuchs ist daher die Erprobung von Umsetzungsszenarien im Handlungsfeld 3. Für den Schulversuch hat das Bildungsministerium bewusst einen offenen Ansatz mit wenigen Vorgaben gewählt, um den Schulen Gestaltungsspielraum zur Entwicklung innovativer

Ansätze zu geben. Auftrag der neun teilnehmenden Schulen (vgl. Ministerium für Bildung 2016) war es, über einen Zeitraum von zwei Schuljahren (2015/2016 – 2016/2017) pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu erproben.

Bei der Auswahl der teilnehmenden Schulen wurden sowohl kleine als auch große Schulen, monostrukturierte Schulen mit nur einem Berufsfeld und Bündelschulen mit mehreren verschiedenen Berufsfeldern sowie städtische und ländliche Regionen berücksichtigt. Somit kann ein Transferkonzept erstellt werden, mit dem die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Standorte übertragen und Entwicklungsimpulse gegeben werden können.

Handlungsfeld 4: Standortgespräche

Im Dialog zwischen Kammern, Schulaufsicht und Ministerium wird auf Basis des Standortverzeichnisses (HF1) und der Schülerzahlen über die zukünftige Ausrichtung der einzelnen Berufsschulen entschieden. Im Rahmen des Schulversuchs sollen Erkenntnisse gewonnen werden, ob und wie durch innovative Lösungsansätze die duale Ausbildung an den Schulstandorten gesichert werden kann.

Lösungsansätze am Beispiel der Berufsbildenden Schule Westerborg

Die BBS Westerborg (vgl. Infokasten) stand vor der Herausforderung, für über 70 duale Ausbildungsberufe Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen trotz sinkender Schülerzahlen die erforderlichen fachlichen, sozialen und personalen Kompetenzen auf qualitativ hohem Niveau erworben werden können. Um dies zu erreichen, hat sich die Schule mit einer Konzeption der »offenen Lernräume« positioniert: Die traditionellen Klassenstrukturen wurden sowohl räumlich als auch organisatorisch aufgebrochen. Im Rahmen eines Umbaus wurden, schon vor Beginn des Schulversuchs, die geschlossenen Klassenräume in offene Lernebenen umgewandelt. Verbunden hiermit sind Teamstrukturen der Lehrkräfte, die die Lernprozesse der Schüler/-innen begleiten und selbst gesteuertes Lernen fördern. Im Rahmen des Schulversuchs werden die Auszubildenden nicht mehr in der Organisationseinheit Einzelklasse, sondern als eine große Lerngruppe geführt. Alle Lehrkräfte eines Teams sind für die gesamte Lerngruppe eines Ausbildungsbereichs verantwortlich. Dies schafft die notwendige Flexibilität, um kleinere Lerngruppen zu bilden, die je nach Leistungsfähigkeit, Interessenlage und beruflichem Schwerpunkt organisiert werden. Neben den Raum- und Klassenstrukturen wurden auch die traditionellen Zeitstrukturen aufgehoben. Die Taktung der Unterrichtszeiten von bislang 90 Minuten wurde aufgebrochen und kann nun flexibel an die Bedürfnisse der Lerngruppen und die

unterrichtlichen Arbeitseinheiten angepasst werden. Damit die vorgegebenen Stundenansätze eingehalten werden und um den eigenverantwortlichen Umgang mit den neuen Möglichkeiten zu erlernen, wird derzeit ein Zeiterfassungssystem erprobt.

Selbst gesteuertes Lernen erfordert die Bereitstellung passender Lernmaterialien. Diese müssen schulweit und idealerweise auch in den Betrieben und zu Hause verfügbar sein. Zudem sind im Rahmen der Selbstorganisation von Lernprozessen auch Möglichkeiten notwendig, eigenständig Informationen zu beschaffen und zielgerichtet auszuwählen. Dafür steht ein schulweites WLAN-Netzwerk zur Verfügung, über das die Lernenden auch miteinander kommunizieren. Lernmanagementsysteme werden genutzt, um Materialien für den Unterricht oder vertiefende Übungsaufgaben bereitzuhalten. Diese Materialien stehen im Rahmen von kooperativen Projekten allen am Lernprozess Beteiligten zur Verfügung, sodass Ausbildungsbetriebe ebenso mit den Dokumenten arbeiten und in Absprache mit den Lehrerteams Lernsituationen aus dem betrieblichen Umfeld einbringen können.

Die Lerngruppen an der BBS Westerborg sind unterschiedlich zusammengesetzt. So bilden im kaufmännischen Bereich beispielsweise alle Industriekaufleute eine gemeinsame Lerngruppe, die durch das Lehrkräfteteam betreut wird. Dieses Team plant die Einsätze der Lehrkräfte zu Beginn eines jeden Schuljahrs eigenständig. Im Bereich der Metallberufe besteht die Lerngruppe aus den Berufen Industriemechaniker/-in und Konstruktionsmechaniker/-in, die je nach Lernfeld in verschiedenen Konstellationen neu zusammengestellt werden.

Neben der eigenständigen Planung des Stundenplans im Lehrerteam bietet der Schulversuch darüber hinaus die Möglichkeit der Flexibilisierung des Unterrichts und damit auch der Arbeitszeiten der Lehrkräfte. Befindet sich beispielsweise eine Lerngruppe bestehend aus 50 Lernenden in einer eigenständigen Erarbeitungsphase, so ist es möglich, dass anstelle der geplanten zwei Lehrkräfte in dieser Phase nur eine begleitend im Einsatz ist. Werden die Ergebnisse der Erarbeitungsphase präsentiert und bespro-

Berufsbildende Schule Westerborg

Die BBS Westerborg ist eine Schule in Trägerschaft des Westerwaldkreises mit ca. 2.800 Schülerinnen und Schülern und über 130 Lehrkräften.

Als Bündelschule vereint sie die Bereiche Gewerbe und Technik, Hauswirtschaft und Soziales sowie Wirtschaft und Verwaltung unter einem Dach. Neben der Berufsschule für über 70 duale Ausbildungsberufe bietet die Schule Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschule mit unterschiedlichen Schwerpunkten, Höhere Berufsfachschule IT-Technik und Soziales, Fachschule Altenpflege und Soziales sowie berufliches Gymnasium Technik und Wirtschaft.

www.bbs-westerburg.de

chen, können die eingesparten Lehrerstunden eingesetzt und eine dritte Lehrkraft hinzugezogen werden.

Die Flexibilisierung sowohl innerhalb eines Berufs und einer Jahrgangsstufe als auch innerhalb von Gruppen mit Lernenden aus verschiedenen Berufen und Ausbildungsjahren ermöglicht bedarfsgerechte Anpassungen und eine differenzierte Förderung der individuellen Kompetenzen.

Halbzeitbilanz: Berufsschulen brauchen Gestaltungsspielraum

Schon in der Halbzeitbilanz des Schulversuchs zeigt sich das enorme Potenzial der Berufsschulen: Zielgerichtete Schulentwicklungsprozesse sind möglich, wenn Schulen innovative, organisatorische, pädagogische und technische Ansätze entwickeln und umsetzen (dürfen).

Um Bildungsangebote für Ausbildungsberufe mit einer nur geringen Zahl von Auszubildenden in der Fläche aufrechtzuerhalten, sollte es Schulen ermöglicht werden, mit klassen-, zeit- und eventuell auch ortsunabhängigen flexiblen Organisationsformen zu agieren. Die am Beispiel der BBS Westerburg beschriebene flexible Lerngruppenbildung führt zu einem Mehrwert für die Lernenden, da sie je nach Lerngeschwindigkeit, Interesse und Unterstützungsbedarf in individuell passenden Lernumgebungen arbeiten können. Die Erfahrungen im Schulversuch zeigen zudem, dass es für alle Beteiligten gewinnbringend ist, wenn auch Schüler/-innen unterschiedlicher Schulformen gemeinsam arbeiten. So werden z. B. an der BBS Gewerbe und Technik Trier in bestimmten Lernbereichen Auszubildende zum/ zur Produktdesigner/-in gemeinsam mit Lernenden des beruflichen Gymnasiums unterrichtet.

Die Nutzung von webbasierten Lernformen ermöglicht es nicht nur, Fahrzeiten zu reduzieren. Sie führt auch zu einer intensivierten Kooperation zwischen den Lernorten, da sowohl Lehrer/-innen als auch Ausbilder/-innen Zugriff auf die entsprechenden Lernszenarien haben.

Zudem zeichnet sich im Schulversuch ab, dass die Schulen für die curricularen Herausforderungen Lösungen finden und in der Lage sind, mit verschiedenen Stundenansätzen für gleiche Themen bei unterschiedlichen Berufen umzugehen. Die gestreckte Prüfung erweist sich hier allerdings als Hindernis, da die Flexibilität in Bezug auf die zeitliche Zuordnung der Lernfelder verloren geht. Zudem würde es die Lösungsfindung erleichtern, wenn bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen künftig die Bildung von Berufsgruppen und die Prüfung gemeinsamer Beschulungsmöglichkeiten noch stärker berücksichtigt würde.

Integraler Bestandteil des Modellversuchs BS20 ist der Transfer auf alle Berufsschulen. Von zentraler Bedeutung hierfür wird die Ableitung von Konsequenzen für die Ausgestaltung des administrativen Rahmens sein. Der konkrete Bedarf wird im Rahmen des Abschlussberichts analysiert.



Lerngruppe an der BBS Westerburg

Für die Festlegung von Ausbildungsstandorten sollte die Qualität der Lernprozesse als maßgebliches Kriterium herangezogen werden und die quantitativen Kriterien verstärkt ergänzen. Dies erfordert bei allen Beteiligten – Auszubildenden, Betrieben, Lehrkräften, Schulleitung und Schulaufsicht – ein hohes Maß an Innovationsbereitschaft und Vertrauen.

So verstanden stellt dieser Beitrag ein Plädoyer für die Festlegung der Zielsetzung dar: Berufsschulen brauchen ein hohes Maß an Gestaltungsspielraum bei der Organisation und Ausgestaltung der Lernprozesse. Die Berufsschulen müssen sich weiterentwickeln, um auch zukünftig als kompetente duale Partner der ausbildenden Unternehmen agieren zu können. Da Lernen ein individueller Prozess ist, gilt es, die Heterogenität anzunehmen und individualisierte Lernprozesse zu gestalten. ◀

Literatur

EXPERTENGRUPPE: »Strukturelle Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz«: 12 Empfehlungen zur strukturellen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen. Mainz 2014 – URL: www.rlp.de/fileadmin/news_import/BBS-Weiterentwicklung_Liste_der_12_Empfehlungen.pdf (Stand: 29.03.2017)

KOALITIONSVERTRAG RHEINLAND-PFALZ 2016–2021. Mainz 2016 – URL: www.rlp.de/fileadmin/rlp-stk/pdf-Dateien/Koalitionsvertrag_RLP.pdf (Stand 29.03.2017)

KULTUSMINISTERKONFERENZ: Erklärung zur Beibehaltung des Fachklassenprinzips in der Berufsschule vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Beschluss vom 16. Juni 2016

MINISTERIUM FÜR BILDUNG: BS20 – Weiterentwicklung der Berufsschule und Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche. Halbzeitinformation zum Schulversuch BS20. Mainz 2016 – URL: https://bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/bbs/berufsbildendeschule.bildung-rp.de/Schulformen_und_Bildungsgaenge/Dokumente/Berufsschule_2020_-_Halbzeitinfo.pdf (Stand 29.03.2017)

MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR (MBWWK): Klassen- und Kursbildung an berufsbildenden Schulen. Verwaltungsvorschrift vom 18. Juni 2015 (941 A – 51 244–0)

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.): Landesstrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz. Mainz 2014 – URL: <https://fachkraeftestrategie.rlp.de/de/strategie/> (Stand 29.03.2017)